

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/508, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 08
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 08 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 133 01 – Einnahmen aus Kapitalherabsetzung und Veräußerung der Staatsbank Berlin und der Deutschen Kreditbank AG – um 200 Mio. DM erhöht.
2. In Kapitel 08 07 – Bundesvermögens- und Bauangelegenheiten – wird der Titel 131 01 – Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen – um 400 Mio. DM erhöht.

Bonn, den 28. März 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

1. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat der Auffassung des Bundesrechnungshofes folgend Zinsen in Höhe von 200 Mio. DM an den Bund als Ausgleich dafür abzuführen, daß ihr die Anteile an der Staatsbank Berlin bereits zum 1. Oktober 1994 übertragen wurden, aber der an den Bund abzuführende Betrag ihr darlehensweise bis gegen Ende 1995 verbleibt.
2. Angesichts der Befristung der Veräußerungskonditionen sind deutlich höhere Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen zu erwarten.

